Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

wir alle spüren die gesellschaftlichen und politischen Umbrüche dieser Zeit. Früher sprach man von Frieden und Zusammenhalt, heute hört man nur noch Aufrüstung und Kriegstüchtigkeit. Früher war es normal, unterschiedliche Meinungen zu haben und darüber streiten zu dürfen. Heute scheint die einzig korrekte Meinung die der herrschenden Klasse / des Staates zu sein. Alles andere soll zum Schweigen gebracht und unterdrückt werden.

Ihr Ziel: Menschen wie wir, die sich **für** den Frieden, **gegen** Kriege und Unterdrückung, **für** Gerechtigkeit und Menschenrechte einsetzen und dies zum Teil ihr Leben lang schon getan haben, sollen uns bald gut überlegen, ob wir uns noch trauen zu widersprechen. Das Recht der freien Meinungsäußerung, das Recht **überhaupt** eine eigene Meinung zu haben, soll uns in Deutschland Stück für Stück genommen werden. Hart errungene demokratische Freiheiten werden schleichend abgebaut. Autoritäre Formen des Staates werden zunehmend Alltag und das merken wir gerade.

Aber das lassen wir nicht zu. Auch deswegen sind wir heute hier. Gerade jetzt sind unsere Stimmen wichtiger denn je.

Wie wichtig sie sind, zeigt ein aktuelles Beispiel aus Duisburg, wo im letzten Jahr eine Gruppe von Aktivisten durch das NRW-Innenministerium verboten wurde. Eine Gruppe, die sich für Frieden und Gerechtigkeit in Palästina eingesetzt hat und den Völkermord an den Palästinensern öffentlich anprangerte. Einige von euch haben bestimmt schon davon mitbekommen. Die Rede ist von Palästina-Solidarität Duisburg, oder kurz PSDU.

Ich stehe heute hier als Teil eines Komitees, das sich gegründet hat, um gegen das Verbot von Palästina-Soldarität Duisburg aufmerksam zu machen.

Um kurz zu verstehen, wer oder was PSDU war: Es war ein Zusammenschluss von palästinasolidarischen Leuten jeder Altersklasse, die gemeinsam Demonstrationen, Kulturveranstaltungen, Lesekreise, Vorträge und vieles mehr zur Geschichte und aktuellen Lage in Palästina organisiert hat. Dabei bezogen sie klare Positionen. Zum Beispiel dass nur ein **gemeinsamer** Staat für **alle** Menschen in dem Gebiet, unabhängig von Religion oder sonstiger Anschauung, eine gerechte Lösung darstellen könne. Sie traten dafür ein, dass Palästinenser ein Recht darauf haben, frei von Besatzung, Vertreibung und kolonialer Unterdrückung leben zu dürfen. Sie traten dafür ein, dass Palästinenser sich gegen ihre Besatzung wehren dürfen, mit allen Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen. So wie es auch die UNO im Völkerrecht verankert hat. **Und** sie traten dafür ein, dass Deutschland seine Waffenlieferungen an Israel stoppt und die Rüstungsdeals beendet, damit nie wieder unschuldige Menschen durch deutsche Waffen sterben müssen.

Warum dann das Verbot?

Aus dem einfachen Grund, dass sich die Gruppe das Recht nahm, ihre Meinung auszusprechen und sich dafür einzusetzen. Aus dem einfachen Grund, dass ihre Meinung nicht der herrschenden politischen Meinung des Staates entsprach. Und die kennen wir alle: Die sogenannte deutsche Staatsräson. In anderen Worten: absolute Israel-Loyalität um jeden Preis.

Diese sogenannte deutsche Staatsräson ist in den letzten zwei Jahren zur Allzweckwaffe des deutschen Staates geworden. Wer sie nicht teilt, kriegt die geballte Faust zu spüren, sei es durch rohe Polizeigewalt, Abschiebungen und Schikane durch Behörden oder Repressionen und Kündigungen am Arbeitsplatz. Auf einmal wird jedem Antisemitismus vorgeworfen, sobald man sich nur annähernd kritisch zum israelischen Staat und dessen Politik geäußert hat.

Die deutsche Staatsräson passt auch perfekt in den aktuellen Kriegstreiberkurs der Regierungen um Olaf Scholz und bald wohl auch um Friedrich Merz. In den letzten zwei Jahren hat unsere Bundesregierung Rüstungsdeals in Höhe von über 300 Millionen Euro allein mit Israel abgeschlossen. Und das während eines anhaltenden Völkermords, in dem bereits über 50.000 Menschen allein im Gazastreifen getötet wurden. Es sind wieder deutsche Waffen, die in der Welt morden. Und Rheinmetall, der Rüstungskonzern hier aus Düsseldorf, ist einer der größten Profiteure daraus.

Auch **dagegen** protestierten die Menschen bei PSDU. Auch **deshalb** sind sie verboten worden.

Und das, liebe Freundinnen und Freunde, ist ein Vorgeschmack darauf, was uns in Zukunft erwarten wird, wenn wir uns nicht alle gemeinsam gegen diese Kriegspolitik stemmen. Deutschland darf nicht den Krieg wieder als oberste Agenda ansetzen. Die Debatte um Kriegstüchtigkeit ist ein fatales Signal an die Gesellschaft. Die anhaltende Militarisierung muss gestoppt werden. Noch mehr Rüstung, noch mehr Waffen, werden keinen Frieden schaffen. Wir kennen und wissen das gut. Den Kriegskapitalisten und ihren Politikergehilfen ist das egal, solange sie den Profit ihres Lebens machen. Aus der Geschichte hat von denen wohl niemand gelernt.

Die PSDU ist ein lebendiges Beispiel für uns, wie wir uns dagegen wehren können. Die vom Verbot Betroffenen, die nun nicht mehr die gleiche politische Arbeit leisten können wie zuvor, wehren sich juristisch vor Gericht, um das Verbot durch das Land NRW zu kippen. Wir vom Komitee gegen das Verbot unterstützen sie dabei, sammeln Spenden für ihre hohen Prozesskosten und sind zuversichtlich, dass sie Erfolg haben werden. Der Kampf gegen ein System mit seinen Interessen ist lang und schwer, aber er wird Früchte tragen.

Der Wille für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit wird **immer** stärker sein als der Drang zu Krieg und Unterdrückung. **Das** ist es, was wir laut und unter Protest zeigen müssen. **Das** ist es, was alle friedliebenden Menschen auf der Welt vereint. Deswegen ist es wichtig, dass wir zusammenhalten und uns nicht die spalten lassen. Unsere Solidarität gilt nicht nur den Betroffenen staatlicher Repression im sich aufrüstenden Deutschland, sondern allen, die unter den kriegerischen, kapitalistischen Interessen im Namen westlicher Werte und Demokratie leiden. Hoch die internationale Solidarität. Dankeschön.